



**Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz**  
Nationales Forschungsprogramm NFP 56  
**Diversité des langues et compétences linguistiques en Suisse**  
Programme national de recherche PNR 56  
**Diversità delle lingue e competenze linguistiche in Svizzera**  
Programma nazionale di ricerca PNR 56

## **Schlussbericht**

**Sprache, Medien und Unterschiede politischer Identitäten**  
**Langues, médias et différences d'identités politiques**

**Dr. Ruth Hungerbühler**  
**Istituto Media e Giornalismo (IMeG), Università della Svizzera**  
**Italiana, Facoltà di Scienze della Comunicazione, Lugano**

Leitung : Ruth Hungerbühler (USI), Jean Widmer † (Uni Fribourg)

Forscherguppe : Alain Bovet (Uni Fr) , Spartaco Calvo, Victoria Franco, Jonida Myftiu (USI)

## **Problemlage, Fragestellung und Untersuchungsanlage**

Dieses Forschungsprojekt will einen Beitrag zum besseren Verständnis sprachregionaler Unterschiede der politischen Kultur in der Schweiz leisten. Im Fokus steht die Vermittlungstätigkeit der Medien bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen am Beispiel von Abstimmungsdebatten. Unser besonderes Interesse gilt dabei den Medienberichterstattungen zu Abstimmungen, die je nach Sprachregionen auffallend unterschiedliche Resultate erzeugt haben. Dies ist oft der Fall, wenn es um Gesetzesvorlagen geht, in denen das Verhältnis der Schweiz oder der Schweizer zum Ausland oder zu Ausländern ein zentrales Thema sind sowie bei sozialpolitischen Vorlagen. Während bei Vorlagen zum ersten Themenbereich die französischsprachige Schweiz im Gegensatz zur deutsch- und italienisch sprachigen mehrheitlich „öffnungsfreundlich“ stimmt (und damit unterliegt), tritt in den Abstimmungsergebnissen zu sozialpolitischen Vorlagen oft eine Allianz zwischen französisch- und italienisch sprachiger Schweiz zutage. Die Medien beziehen in der Regel mehr oder weniger Position hinsichtlich der Abstimmungsempfehlungen. Es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen der Position der Journalisten und den Abstimmungsergebnissen. Insofern beeinflussen die Medien das Abstimmungsergebnis nicht in unmittelbarer Weise. Allerdings finden die medialen Diskurse vor dem Hintergrund der jeweils spezifischen politischen Kultur statt: Die Medien nehmen Mentalitäten der politischen Kultur, in der sie operieren, auf und schreiben diese durch ihre Vermittlungstätigkeit wiederum weiter fort.

Dieses Forschungsprojekt will den Blick auf die sprachregionalen Unterschiede in diesen Diskursen lenken. Als Beispiel dienen uns zwei Gesetzesvorlagen, über die im Laufe der vergangenen 25 Jahre verschiedene Male (mit teilweise grossen sprachregionalen Unterschieden) abgestimmt wurde, und die beide ein wesentliches Element der politischen Kultur betreffen: das Verhältnis des Individuums zum Staat und seinen Institutionen. Die erste Debatte betrifft die Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz. Unterschiede der politischen Kultur machen sich hier nicht nur an der Frage der Bedingungen der Einbürgerung fest, sondern vor allem auch an der Frage der Instanz, die über die Einbürgerung entscheidet. Es stehen sich zwei Ansichten gegenüber: Die eine bevorzugt das "ius soli", also den Anspruch der ansässigen Einwohner, auch als Bürger gleichberechtigter Teil des politischen Kollektivs zu sein und vertraut in die Delegation der entsprechenden Kontrollen und Verfahren an die staatlichen Institutionen. Für die andere Sichtweise hängt die Einbürgerung von der Integrationswilligkeit und -fähigkeit der Gesuchsteller ab und kann, gerade weil das Kollektiv als gesamtes dafür verantwortlich ist, nicht an die staatlichen Institutionen delegiert werden. Die Gesetzesvorlagen der letzten zwei Jahrzehnte stellten jeweils verschiedene Aspekte der Einbürgerung zur Abstimmung: Während es in den ersten drei untersuchten Vorlagen (1983, 1994 und 2004) in erster Linie um Erleichterungen der Einbürgerung ging, zielte die jüngste Vorlage aus dem Jahr 2008 direkt auf die Frage der Entscheidungsbefugnis der Institutionen. Die zweite Debatte betrifft die Einführung der

Mutterschaftsversicherung, über die in den Jahren 1987, 1999 und 2004 abgestimmt wurde<sup>1</sup>. Auch hier geht es um das Verhältnis zwischen Individuum und Staat, in diesem Fall um die Frage, ob Elternschaft automatisch einen Anspruch gegenüber dem Staat legitimiert oder aber ausschliesslich in den privaten Verantwortungsbereich der Familie selbst fällt. Die eine Sichtweise sieht die staatliche Vermittlung zwischen Familie und Gesellschaft als staatsbürgerlichen Anspruch, während die andere Auffassung die Familie als eine soziale Gruppe sieht, die ausserhalb staatlicher "Eingriffe" liegen soll.

Unser Interesse galt nun der Frage, wie die untersuchten Medien in den drei Sprachregionen die zur Debatte stehenden Abstimmungsthemen ihrem Publikum unterbreiteten und wie sie im Fall sprachregional unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens auf die entsprechenden Unterschiede reagierten. Nach der entsprechenden Analyse interessierte es uns sodann, die Journalisten mit den Ergebnissen der Analyse zu konfrontieren und anhand dieser Daten zu Reflexionen zu ihrer Vermittlertätigkeit zu veranlassen.

Wir untersuchten die Berichterstattung von je zwei Tageszeitungen aus den drei Sprachregionen und die Abstimmungsdebatten der SRG-Fernsehanstalten. Als Tageszeitungen wählten wir die jeweils zwei auflagestärksten Zeitungen, die eine vom Typ der Forumszeitung, die andere mit eher boulevardistischer Ausrichtung: für die deutsche Schweiz am Beispiel Zürich Tages-Anzeiger und Blick, für die Westschweiz am Beispiel Lausanne 24 Heures und Le Matin, für das Tessin Corriere del Ticino und La Regione<sup>2</sup>. Wir erhoben alle Artikel, die zu den beiden Abstimmungsvorlagen „Einbürgerung von Ausländern“ und „Mutterschaftsversicherung“ in der Zeitspanne zwischen 1983 und 2008 im Umfeld der parlamentarischen Beratungen und Abstimmungskampagnen bis jeweils zu einem Monat nach der Abstimmung erschienen sind. Wir unterzogen diese Artikel einer quantitativen Inhaltsanalyse. Die Fernsehdebatten zu den Volksabstimmungen der Jahre 2004 und 2008 wurden mittels einer qualitativen Diskursanalyse untersucht. Zu den Resultaten der Analysen führten wir mit je einem für die entsprechenden Artikel und Sendungen verantwortlichen Journalisten der ausgewählten Medien narrative Interviews.

## **Wissensstand**

Diese Arbeit schliesst eine Lücke im Gebiet der sprachregional vergleichenden Forschung der Kommunikation der Massenmedien im Kontext von Volksabstimmungen. Sie baut eine Brücke zwischen den Disziplinen der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Medienwissenschaften, die sich alle je um Teilaspekte der Fragestellung gekümmert haben: die Politikwissenschaft um sprachregionale Unterschiede im Abstimmungsverhalten und um ausländer- und sozialpolitische Diskurse und Politiken, die Soziologie mit Unterschieden in der Bildung kollektiver Identitäten und die Medienwissenschaften mit Unterschieden der

---

<sup>1</sup> Auch 1984 wurde über den Mutterschutz abgestimmt, allerdings war die Vorlage aufgrund ihrer viel weitergehenden Regelungen kaum mit den andern Gesetzesrevisionen zu vergleichen.

<sup>2</sup> Mangels einer Boulevard-Tageszeitung im eigentlichen Sinn fiel die Wahl auf *La Regione* (resp. für das Jahr 1983 *Il Dovere*), da sie im Vergleich mit den anderen beiden Tageszeitungen mehr boulevardistische Eigenschaften aufweist.

Medienkommunikation. Nur selten wurden aber alle drei Sprachregionen verglichen, kaum je ein Vergleich über eine längere Zeitspanne angestellt und nie sprachregional vergleichende Medienkommunikation gezielt anhand von Abstimmungsdiskursen untersucht.

Eine der Voraussetzungen unseres Forschungsprojekts bildet das Phänomen sprachregional unterschiedlicher politischer Einstellungen, die sich mitunter auch in Unterschieden des Abstimmungsverhaltens niederschlagen. Der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Sprachregion und der politischen Einstellung wurde ein erstes Mal von Rolf Nef (1980) festgestellt. Die Politologen René Knüsel (1994) und Hanspeter Kriesi (1996) dokumentierten diesen Zusammenhang mit ihren Forschungsarbeiten. Die Langzeituntersuchung von Kriesi und seiner Kollegen ergab zwar, dass gemessen an der Gesamtheit der Volksabstimmungen im Verlaufe eines Jahrhunderts die sprachregionalen Unterschiede im Stimmverhalten abnehmen, Ausnahmen bildeten jedoch Abstimmungsthemen, die die Beziehung der Schweiz zum Ausland oder zu Ausländern beinhalteten. Die 2008 erschienene Studie des Berner Politikwissenschaftlers Wolf Linder und seiner Mitarbeiter analysierte ebenfalls alle Volksabstimmungen seit 1874 und kommt zum Schluss, dass jede der drei Sprachregionen eine klar unterscheidbare politische Kultur aufweist: Die Deutschschweiz wird als „wirtschafts- und sozialpolitisch rechts, umweltfreundlich und konservativ-geschlossen“ charakterisiert, die italienische Schweiz steht für „linke, umweltfreundliche und eher konservativ-geschlossene Anschauungen“, die Romandie „stimmt links, zieht individuelle Freiheiten dem Umweltschutz vor und will eine offene Schweiz“.<sup>3</sup> Innerhalb der drei Sprachräume stimmen die Bürgerinnen und Bürger heute homogener als früher, was von Linder und seinen Kollegen erstens auf die zunehmende Mobilität innerhalb der eigenen Sprachregion zurückgeführt wird und zweitens auf die zunehmende Vereinheitlichung der sprachregionsspezifischen Medieninformation. Lokale Medien verschwinden, Presse, Radio und Fernsehen versorgen die sprachregionalen Grossregionen mit der je gleichen Information. Es wird vermutet, dass dies zur Verstärkung sprachregionaler Unterschiede des Stimmverhaltens seit den 1970er-Jahren beigetragen habe.<sup>4</sup>

Die Volksabstimmung über den Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum im Jahr 1992, die von der Westschweiz angenommen und von der deutschen und italienischen Schweiz verworfen wurde, löste besorgte Diskurse über die Spaltung der Schweiz aus und lenkte den Blick auf die Frage, ob in den unterschiedlichen Landesteilen möglicherweise unterschiedliche politische Identifikationsprozesse im Gange seien. Der Historiker Urs Allematt (2003) spricht von einer "schleichenden Ethnisierung" und stellt eine Zunahme der Spannungen im Verhältnis zwischen der deutschen und der frankophonen Schweiz in den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts fest, eine Entwicklung, an der die Massenmedien entscheidend beteiligt seien. Der Soziologe Hans-Peter Meier-Dallach (1990 und 1991) stellt in verschiedenen Untersuchungen zur politischen Kultur der Schweiz und zur schweizerischen Kulturlandschaft nicht nur Unterschiede hinsichtlich politischer Präferenzen im Verhältnis der Triade "Individuum-Gesellschaft-Staat" fest, sondern auch sprachregionale Unterschiede hinsichtlich der Vermittlerfunktion der Medien.

---

<sup>3</sup> Linder, Wolf/Zürcher, Regula/Bolliger, Christian, 2008, *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874*. Baden, Hier+Jetzt, 41-43.

<sup>4</sup> Linder et.al., 2008, 186.

Sprachregionale Unterschiede der Medienkommunikation werden durch verschiedenste Untersuchungen für die Presse sowie Radio und Fernsehen bestätigt (Saxer 1989, Ernst 1998, Meier/Bonfadelli/Schanne 1993, Corboud-Fumagalli 1996, Hungerbühler 2002 und 2005). Den Sprachregionen entsprechen regionale Medienräume, die sich infolge der Konzentration der Presse und Dezentralisierungsprozessen im Bereich der SRG-Medien inhaltlich und formal deutlich unterscheiden. Die internen Beziehungen und Interaktionen in diesen Medienräumen sind weitaus intensiver und wichtiger als diejenigen zwischen den Sprachregionen. Eine Langzeituntersuchung der Tagesschau der SRG-Fernsehen stellte zudem eine Zunahme der gegenseitigen Stereotypisierung fest (Wuerth 1999).

Jean Widmer setzte sich in vielfältigen Forschungsarbeiten mit den Hintergründen und den Wirkungen einer nach Sprachregionen segmentierten Schweizer Öffentlichkeit auseinander (Widmer 1993, 1994, 1996/97, 2004). Es interessierte ihn dabei vor allem die Frage, inwiefern sich Vorstellungen vom politischen Kollektiv unterscheiden, wie diese Vorstellungen durch die Kommunikation der Medien immer wieder neu erzeugt und bekräftigt werden, und welche Rolle dabei die Sprachzugehörigkeit spielt. In der Studie über Unterschiede der Bearbeitung des Drogenproblems zwischen Westschweizer und Deutschschweizer Medien prüfte Widmer (1997) seine Hypothese der je nach Sprachregion unterschiedlichen Konstruktion der Triade „Individuum-Gesellschaft-Staat“ an empirischem Material. Seine Forschergruppe stiess dabei auf deutliche Unterschiede in der Art und Weise, wie die Medien das „Drogenproblem“ ihrem Publikum zur Diskussion vorschlugen: in einen Fall als Problem, das die Gemeinschaft mit einer ihrer Gruppen, nämlich den Drogensüchtigen hat, im zweiten Fall als ein Justizproblem. Für die deutsche Schweiz schloss Widmer auf eine „gemeinschaftsorientierte politische Kultur“ für die es typisch ist, dass das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwach ist, und man deshalb „gemeinschaftlich“ nach der adäquaten Lösung sucht. Die französische Schweiz hingegen zeichnet sich durch eine „legalistisch-institutionelle Kultur“ aus, in der man spontan dem institutionellen Gefüge vertraut und auf der Basis dieses Konsenses das Problem „vertikal“ löst, nämlich durch das Primat der „öffentlichen Ordnung“ über das individuelle (Fehl-)Verhalten.

Weitere für unsere Untersuchung interessante Forschungsergebnisse liegen zur Entwicklung ausländerpolitischer Diskurse in der Schweiz vor. Zu diesen Themen arbeitete Romano (2002) in seiner Untersuchung der Medienereignisse zum Themenkreis „das Fremde in der Schweiz“ in einer sprachregional vergleichenden Langzeitperspektive. „Rechtspopulistische Parteien“ standen im Fokus der Untersuchung von Skenderovic und D'Amato (2008), die nachzeichneten, wie in der Schweiz seit den Sechzigerjahren migrations- und ausländerpolitisch argumentiert und gehandelt wurde, während Geden (2006) in einer komparatistischen Studie die Entwicklung der Schweizer SVP mit der österreichischen ÖVP vergleicht. Beide Studien untersuchen Argumentationsmuster der rechtspopulistischen Parteien und sind für unsere Fragestellung insofern von Interesse, als die Medien zu den von uns untersuchten Einbürgerungsvorlagen ausführlich die Rhetorik der entsprechenden Parteien abbildeten. Für die Medien sind – und dies ist vermehrt in jüngster Zeit festzustellen – rechtspopulistische Argumente schon deshalb tendenziell interessant, weil sie polarisieren und damit eine Konfliktstruktur schaffen, was im Kampf um Aufmerksamkeit in der zugespitzten Konkurrenzsituation eine günstige Voraussetzung für Beachtung schafft.

Zusammenfassend kann man sagen: Aufgrund der bisherigen politikwissenschaftlichen, soziologischen und medienwissenschaftlichen Forschung wissen wir, dass Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen den Sprachregionen bestehen und zu bestimmten Fragen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten zugenommen haben, dass die Medien in den drei Sprachregionen je unterschiedlich informieren, und dass es Hinweise dafür gibt, dass die Art und Weise, wie die Medien die anstehenden Abstimmungsvorlagen vermitteln, in engem Zusammenhang mit der jeweiligen politischen Kultur ihres Publikums steht.

In unserem Forschungsprojekt führen wir diese Forschungslinien zusammen, indem wir die sprachregionsspezifische Medienkommunikation zu sich wiederholenden Abstimmungsvorlagen in einer Langzeitperspektive sowohl quantitativ als auch qualitativ untersuchen. Um zu vermeiden, dass die Hypothesen zum Zusammenhang zwischen politischer Kultur und von den Medien angebotenen Thematisierungs- und Deutungsmustern unsern Blick beeinflussten, sind wir – sowohl quantitativ als auch qualitativ – streng induktiv vorgegangen, d.h. wir haben alle gefundenen Argumentationselemente detailliert erhoben und erst nach gesichtetem Material die entsprechenden Kategorien gebildet, die dann quantitativ erfasst wurden.

## **Resultate**

Wir analysierten 731 Artikel zu den Einbürgerungs-Abstimmungsvorlagen der Jahre 1983, 1994, 2004 und 2008 und 505 Artikel zu den Vorlagen der Mutterschaftsversicherung der Jahre 1987, 1999 und 2004. Für die Berichterstattung zur Einbürgerung wurden 2318 Aussagen<sup>5</sup> nach Themensetzung und Argumentationsmustern kodiert, wovon sich 1610 unmittelbar auf den Inhalt der Vorlagen bezogen, 708 Aussagen auf das Verhalten der verschiedenen Beteiligten im Abstimmungskampf. Dieses gab vor allem 2004 zu einer regen Pressedebatte Anlass, als die Gegner der erleichterten Einbürgerung mit einer Inserate- und Plakatkampagne aufwarteten, die mehrheitlich als irreführend und rassistisch beurteilt wurde. Für die Berichterstattung zur Mutterschaftsversicherung wurden 1383 Aussagen kodiert.

Unsere Grundhypothese, die Zeitungen der verschiedenen Sprachregionen berichteten je unterschiedlich über die Abstimmungsvorlagen, hat sich im Falle der Einbürgerung deutlich bestätigt. Die Unterschiede in der Bearbeitung sind meist grösser zwischen den Sprachregionen als zwischen den untersuchten Zeitungstypen (Forumszeitung/Boulevardzeitung). Daraus kann geschlossen werden, dass die Bindung an die sprachregionale politische Kultur tendenziell einen grösseren Einfluss hat auf die Berichterstattung als der Zeitungstyp. Obwohl der Blick und Le Matin beide so genannte "Boulevardzeitungen" sind, deren Anteil an politischer Berichterstattung generell eher gering ist, weil sie Gossip-Themen bevorzugen, und obwohl Boulevardzeitungen einen polarisierenden journalistischen Stil pflegen, ähneln sie in Themensetzung und

---

<sup>5</sup> Der entsprechende technische Begriff für diese Untersuchungseinheit lautet "idea element".

Argumentation meist der Forumszeitung der gleichen Sprachregion. Weniger auffallend sind die Unterschiede im Fall der Mutterschaftsversicherung.

Die Unterschiede sind vorerst an einer unterschiedlichen Bearbeitung der Ereignisse festzumachen. Die Gesetzesvorlagen zur Einbürgerung haben in der deutschen Schweiz viel intensivere Diskussionen ausgelöst als in den anderen Landesteilen. Es wurden mehr Artikel zum Thema veröffentlicht und mehr Argumente für oder gegen die Vorlage diskutiert: Im Tages-Anzeiger und Blick erschienen 44,6% aller Artikel, in den Westschweizer Zeitungen 27,5% und in den Tessiner Zeitungen 27,9%. Vor allem im Abstimmungsjahr zur erleichterten Einbürgerung der zweiten und dritten Generation der Ausländer 2004 erschienen in den beiden Deutschschweizer Zeitungen Tages-Anzeiger und Blick deutlich mehr Artikel als in den anderen Sprachregionen. Der Tages-Anzeiger wies am meisten Argumente zu den Vorlagen auf, Le Matin am wenigsten.

Die Mutterschaftsversicherung wurde weniger unterschiedlich beachtet. Es erschienen aber auch zu dieser Vorlage mehr Artikel in der deutschen Schweiz und im Tessin als in der Romandie. Die grösseren Unterschiede bestehen aber zwischen den Forumszeitungen und den „Boulevardzeitungen“. Letztere haben sich im Vergleich mit den ersteren weniger für das Thema interessiert.

**Tabelle 1, Artikel und Argumente Einbürgerung (1983-2008) und Mutterschaftsversicherung (1987-2004)**

	Einbürgerung				Mutterschaftsversicherung			
	Artikel	%	idea elements	%	Artikel	%	idea elements	%
<b>Tages Anzeiger</b>	201	27,5	695	30,0	115	22.8	337	24,4
<b>Blick</b>	125	17,1	445	19,2	66	13.1	148	10,7
<b>24 Heures</b>	126	17,2	350	15,1	99	19.6	259	18,7
<b>Matin</b>	75	10,3	161	6,9	47	9.3	135	9,8
<b>Corriere TI</b>	113	15,5	360	15,5	108	21.4	327	23,6
<b>Regione / Dovert</b>	91	12,4	307	13,2	70	13.9	177	12,8
<b>Total</b>	<b>731</b>	<b>100</b>	<b>2318</b>	<b>100</b>	<b>505</b>	<b>100</b>	<b>1383</b>	<b>100</b>

Die Mehrheit der in den Zeitungen erschienenen Argumente im Rahmen der Abstimmungsdebatte wiesen eine die erleichterte Einbürgerung befürwortende Tendenz auf. Am stärksten befürwortend situierte sich die Tessiner Zeitung La Regione mit einem Anteil von 78,2% befürwortenden Argumenten, am schwächsten der Blick mit 55,7%. Noch deutlicher fällt das Resultat aus, wenn man die Argumente der Journalisten aussondert: 88,6% aller Journalistenargumente in La Regione befürworteten die erleichterte Einbürgerung, wiederum am schwächsten stimmten die Journalisten des Blick zu, doch aber auch mit einer deutlichen Mehrheit von 59,9%.

Tabelle 2, **Argumente nach Zeitungen und Tendenz Einbürgerung (1983-2008)**

	idea elements Einbürgerung			Total
	Pro	Neutral	Kontra	
<b>Tages Anzeiger</b>	65,2%	12,2%	22,6%	100,0%
<b>Blick</b>	55,7%	18,2%	26,1%	100,0%
<b>24 Heures</b>	69,7%	6,9%	23,4%	100,0%
<b>Matin</b>	65,2%	13,7%	21,1%	100,0%
<b>Corriere TI</b>	63,9%	13,3%	22,8%	100,0%
<b>Regione</b>	78,2%	5,2%	16,6%	100,0%
<b>Total</b>	65,6%	11,9%	22,5%	100,0%

Differenziert man die Resultate nach Abstimmungsjahr, in denen je unterschiedliche Vorlagen zur Debatte standen, so fallen zwei Dinge auf: Die grössten sprachregionalen Unterschiede sind im Jahr 1994 feststellbar, in dem die Äusserungen zur Vorlage in den Zeitungen der Romandie und des Tessins mit überwiegender Mehrheit positiv waren (24 Heures und Le Matin zu 93,3%, Corriere del Ticino zu 83,7% und La Regione gar zu 100%), während der Tages-Anzeiger nur zu 65,3% zustimmende Argumente aufwies und der Blick sogar nur 48,8%. In den folgenden Jahren (2004 und 2008) waren die Unterschiede zwischen den Deutschschweizer Zeitungen und den andern zwar auch ersichtlich, aber weniger gross. Interessant erscheint auch, dass der Zustimmung zur erleichterten Einbürgerung im Jahr 2004 nicht die gleichen Werte im Jahr 2008<sup>6</sup> folgten. Die Mehrheit der Zeitungen weist durchschnittlich 10% weniger zustimmende Argumente auf als 2004. Daraus kann geschlossen werden, dass die SVP-Initiative für demokratische Einbürgerungen in der untersuchten Presse weniger negativ diskutiert wurde, als das aufgrund der Debatte zu den Abstimmungsvorlagen von 2004 erwartet werden konnte. Im Jahr 1983 sind die Unterschiede zwischen den Sprachregionen weniger auffallend, immer aber weisen die Zeitungen der Romandie und noch deutlicher die Tessiner Zeitungen höhere Werte an befürwortenden Argumenten auf.

Auch die Mutterschaftsversicherung wurde mehrheitlich befürwortend thematisiert, allerdings mit einem vergleichsweise höheren Anteile ablehnender Argumente bei den Deutschschweizer Zeitungen:

<sup>6</sup> 2008 ging es um die SVP-Initiative "Für demokratische Einbürgerungen", die verlangte, dass die Gemeinden darüber befinden, welche Institution über Einbürgerungen entscheidet. Zustimmung zur Initiative, die eine Erschwerung der Einbürgerung bedeutet hätte, wurde deshalb umgekehrt codiert.

Tabelle 3, **Argumente nach Zeitungen und Tendenz Mutterschaftsversicherung (1987-2004)**

	idea elements Mutterschaftsversicherung			Total
	Pro	Neutral	Kontra	
Tages Anzeiger	63,5%	5,0%	31,5%	100,0%
Blick	62,8%	2,0%	35,1%	100,0%
24 Heures	75,3%	2,7%	22,0%	100,0%
Matin	75,6%	4,4%	20,0%	100,0%
Corriere TI	70,9%	5,5%	23,5%	100,0%
Regione TI	60,5%	16,9%	22,6%	100,0%
Total	63,5%	5,0%	31,5%	100,0%

Es sind aber nicht die Unterschiede in Befürwortung oder Ablehnung, an denen die Unterschiede der Berichterstattung festgemacht werden sollten, bewegen wir uns doch, wie die Übersicht in Tabellen 2 und 3 zeigen, insgesamt im befürwortenden Bereich: Die Presse bildete trotz Unterschieden zwischen den Sprachregionen, insgesamt mehrheitlich befürwortende Argumente ab. Im Falle der Einbürgerung fallen vor allem die Unterschiede der Themensetzung und der Argumentationen auf. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von unterschiedlichem "framing", gemeint ist, dass man eine Problematik unter ganz unterschiedlichen Gesichtspunkten den Leserinnen und Lesern präsentieren kann. Auch zur Problematik "Einbürgerung von Ausländern" und „Mutterschaftsversicherung“ kamen im Rahmen der Abstimmungsdebatten in den Zeitungen verschiedene Themen und Argumente zur Sprache. "Frames" betreffen die Thematisierung eines Problems, die entsprechenden Interpretationsmuster, Kausalitäten und Lösungsvorschläge, die von den Medien zur Debatte gebracht werden. Wir interessierten uns also mit anderen Worten dafür, wie die Medien die zur Abstimmung vorliegenden Gesetzesprojekte verstanden, welche diesbezüglichen Fragestellungen sie ins Zentrum rückten und damit der Öffentlichkeit zur Diskussion vorschlugen. Die "frames", die wir - in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit - in der Einbürgerungsdebatte antrafen, waren folgende:

1. **Autonomie** der schweizerischen Institutionen: Äusserungen, die die Frage der Delegation des Einbürgerungsverfahrens (Kontrolle und Entscheid) an die staatlichen Institutionen (Gemeinde, Kanton, Bund) betreffen.
2. **Integration**: Äusserungen, die in irgendeiner Weise auf die Integration der Ausländer in die schweizerische Gesellschaft anspielen.
3. Die Diskussion über die **Rechtsprinzipien**, insbesondere zur Frage, ob auf Einbürgerungswillige das Territorialrecht (Rechtsanspruch aufgrund des Wohnsitzes) oder das Abstammungsrecht (Rechtsanspruch aufgrund Abstammung) angewendet werden soll; Äusserungen, die sich auf die Analogie "gleiche Pflichten - gleiche Rechte" beziehen sowie rechtsspezifische Kommentare zu den Gesetzesänderungen im Einzelnen.
4. **Repräsentation des Fremden**: Äusserungen, die den Ausländern je spezifische Eigenschaften zuschreiben, durch die sie sich von den Schweizern unterscheiden.

5. **Ängste:** Äusserungen, die Besorgnisse thematisieren, die sich an erleichterte Einbürgerungen knüpfen wie existentielle Ängste, Angst vor Kriminalität, Angst vor Verlust der schweizerischen Identität, etc.
6. **Verhältnis der Schweiz zum Ausland:** Äusserungen, die die Einbürgerungsregelung der Schweiz im Zusammenhang mit ihren Beziehungen zum Ausland thematisieren oder mit dem Bild, das man sich von ihr in der Welt macht.
7. **Wirtschaft und Demografie:** Äusserungen, die auf die Folgen der Einbürgerung von Ausländern für die schweizerische Wirtschaft und die Bevölkerungsentwicklung hinweisen.
8. **Direkte Demokratie:** Diskurselemente, die das Bürgerrecht mit Blick auf die Besonderheit des schweizerischen politischen Systems thematisieren, d.h. dass Schweizer Bürger spezifische staatsbürgerliche Rechte haben sowie Fragen der Kongruenz der SVP-Initiative 2008 mit den Prinzipien der direkten Demokratie
9. **Spaltung der Schweiz:** Äusserungen, die sich auf die Tatsache beziehen, dass die verschiedenen Landesteile eine unterschiedliche politische Kultur haben.

Der Vergleich zwischen den Zeitungen ergibt, dass einige dieser “frames“ grosse Unterschiede zwischen den Sprachregionen zeigen, andere hingegen mehr oder weniger gleichmässig verteilt sind. Man könnte in dieser Hinsicht von polarisierenden und konsensualen Thematisierungen und Interpretationsmustern sprechen.

#### **Konsensuale Thematisierungen und Interpretationsmuster:**

Argumenten, die sich auf die Integration der Ausländer beziehen, gaben die Zeitungen ein eher ähnliches Gewicht, am stärksten wurden diese Themen im Verhältnis zu anderen Argumentationsweisen in den Tessiner Zeitungen angesprochen; dies gilt vor allem für das Abstimmungsjahr 2004. Auch wirtschaftliche und demografische Argumente erscheinen nicht auffallend unterschiedlich verteilt, Le Matin und wiederum die Tessiner Zeitungen gaben ihnen ein relativ höheres Gewicht. Argumente, die die Schweiz in ihrem Verhältnis zum Ausland sowie ihr Ansehen in der Welt thematisierten, unterschieden sich eher nach Zeitungstyp als nach Sprachregion. Die Forumszeitungen gewichteten diese Argumente weniger stark als die Boulevardzeitungen.

#### **Polarisierende Thematisierungen und Interpretationsmuster:**

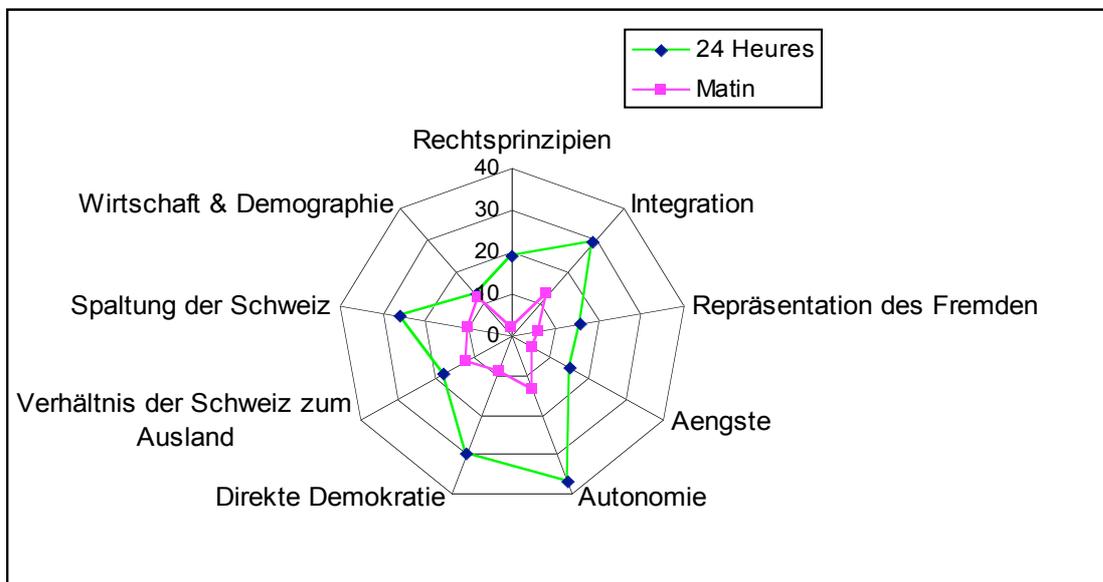
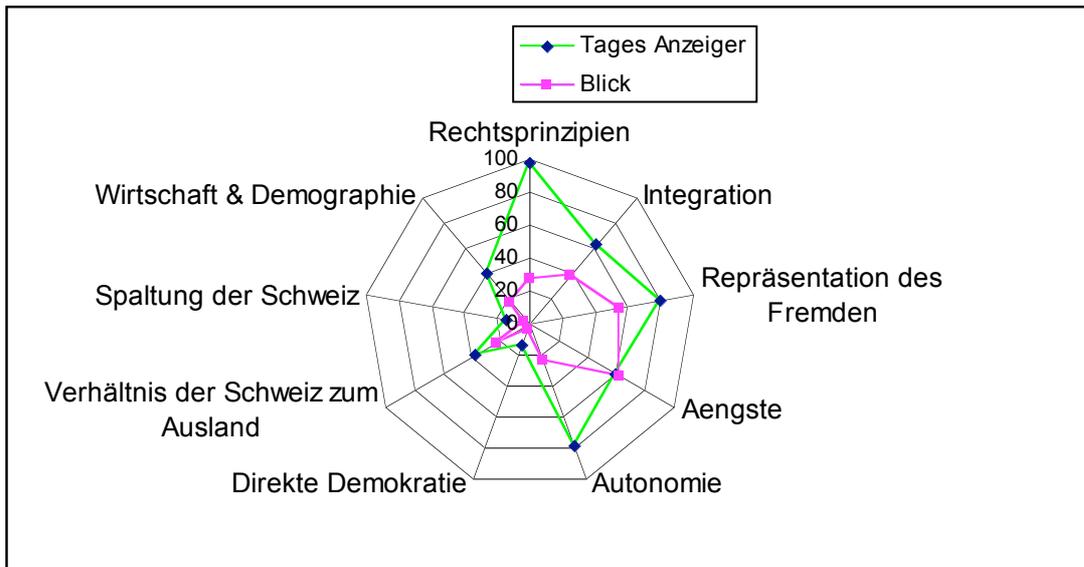
Sowohl Ängste als auch Argumente, die bestimmte Eigenschaften der Ausländer ins Zentrum rückten, erschienen weitaus häufiger in den beiden Deutschschweizer Zeitungen: Ihr Anteil im Tages-Anzeiger und im Blick, entspricht dem Drei- oder Vierfachen der entsprechenden Argumente in den Zeitungen der anderen Landesteile. Anspielungen auf die Spaltung der Schweiz hinsichtlich der Einstellung zur Einbürgerung von Ausländern finden sich eher in der Romandie und im Tessin. Dieses Thema kam vor allem nach denjenigen Abstimmungen, in denen die Romandie unterlegen war, zur Sprache. Eine andere Allianz hingegen bildete sich zu Themen der Rechtsprinzipien: Hier sind es die Tessiner Zeitungen und der Tages-Anzeiger, die entsprechende Äusserungen am häufigsten aufwiesen.

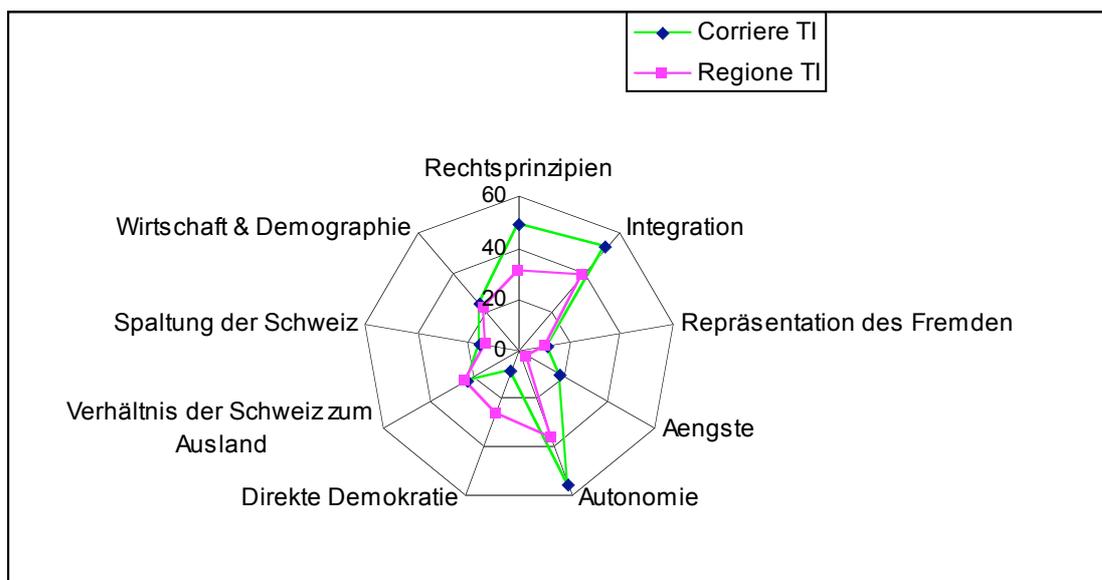
Sowohl der Tages-Anzeiger als auch der Corriere del Ticino thematisierten die Einbürgerung deutlich häufiger als eine Rechtsfrage als 24 Heures.

Zu Fragen der direkten Demokratie sind unterschiedliche Allianzen feststellbar, durchwegs auffallend häufig waren sie bei 24 Heures Thema.

Argumente im Zusammenhang mit der Entscheidungsautonomie der staatlichen Institutionen sind wiederum häufiger bei den Forumszeitungen als bei den Boulevardzeitungen.

Die folgenden Tabellen zeigen, wie sich die untersuchten Zeitungen hinsichtlich der häufigsten „frames“ situieren.





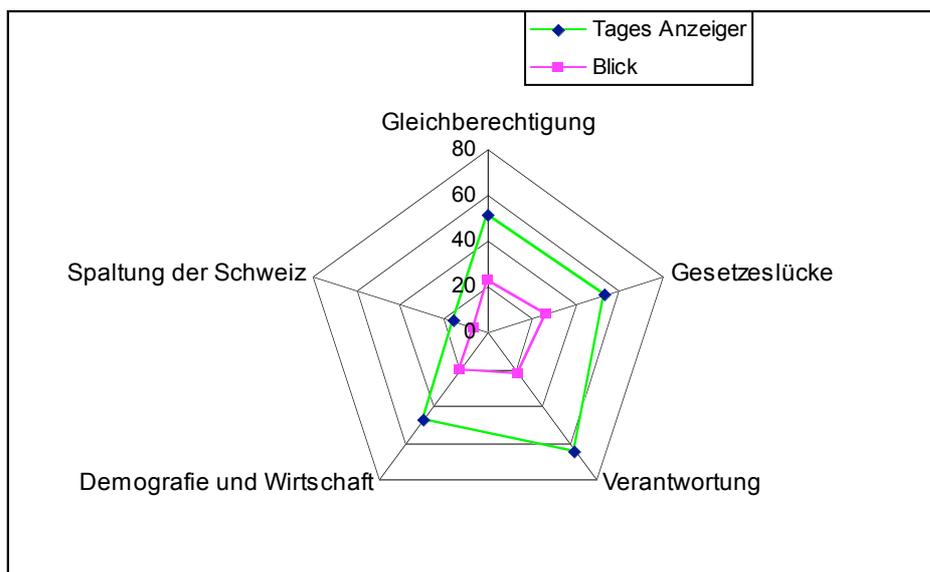
Die Analyse der Pressberichterstattung zu den Abstimmungsvorlagen zur Einbürgerung von Ausländern zeigen insgesamt ein deutliches Bild sprachregional unterschiedlicher Thematisierungen und Argumentationen. Den grössten Unterschied verursacht das Reden über alles, was an Ausländern als anders oder fremd angesehen wird sowie über Befürchtungen und Ängste, die sich an eine Gleichberechtigung der Ausländer knüpfen. Solche Themen finden in den Medien der Romandie weit weniger Ausdruck als in den Deutschschweizer Zeitungen. Dieser Mentalitätsunterschied kann als Chiffre für die unterschiedlichen Sensibilitäten hinsichtlich Fragen der Offenheit der Schweiz gegenüber dem Ausland gelesen werden. Dass das Thema der Einbürgerung in der deutschen Schweiz und im Tessin verhältnismässig häufiger als eine Diskussion über unterschiedliche Rechtsprinzipien präsentiert wird, erklären wir mit der grösseren Selbstverständlichkeit, mit der der Gleichberechtigung der Ausländer in der Romandie begegnet wird. Im Vergleich zwischen den Sprachregionen nimmt die italienische Schweiz eine Sonderstellung ein. Nicht nur, weil die Tessiner Zeitungen bestimmte Aspekte der Einbürgerung einmal ähnlich wie die deutschsprachigen Zeitungen und einmal ähnlich wie die französischsprachigen präsentieren, sondern auch deshalb, weil sie sich in dieser Frage am weitesten vom Stimmverhalten in ihrem Landesteil entfernen. Die festgestellten Tendenzen sind gerade bei den Tessiner Zeitungen überwiegend positiv, obwohl der Kanton sich in den Jahren 1994 und 2004 gegen die erleichterte Einbürgerung ausgesprochen hatte.

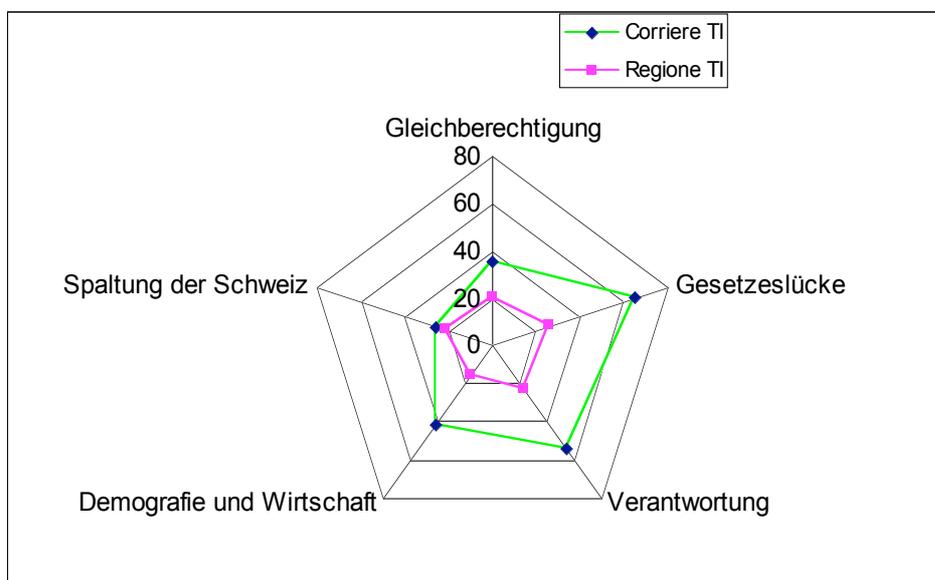
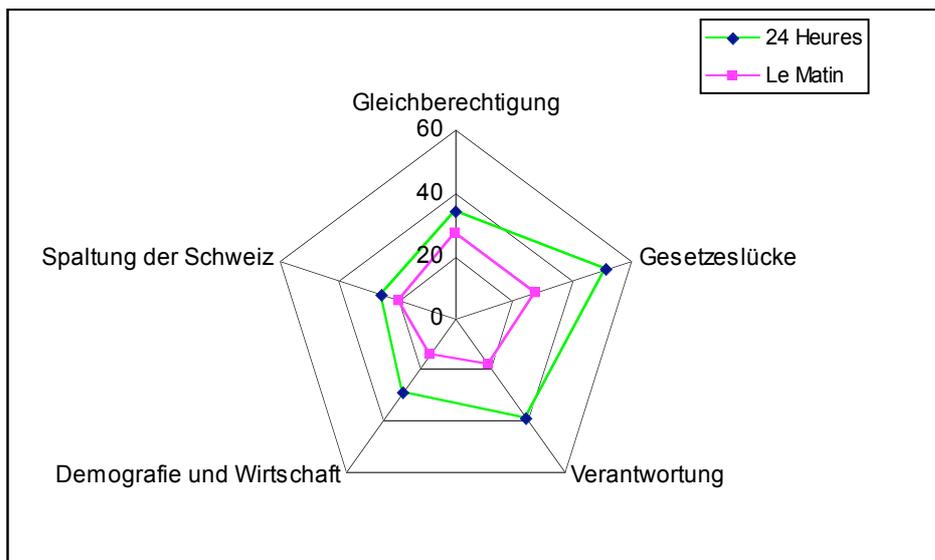
In der Pressberichterstattung zur Mutterschaftsversicherung waren die folgenden Thematisierungen - ebenfalls in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit - wichtig:

1. **Gesetzeslücke:** Argumente, die sich auf die Notwendigkeit einer Umsetzung des Verfassungsartikels beziehen.
2. **Gleichberechtigung:** Argumentationen, die auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft und die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau zielen.
3. **Demografie und Wirtschaft:** Erwägungen, die auf die Bevölkerungsentwicklung und die Volkswirtschaft anspielen.

4. **Bewertung der Vorlage:** Äusserungen, die auf die technischen Details der Vorlage eingehen.
5. **Verantwortung:** Argumente zur Frage, welche gesellschaftliche Instanz für eine Mutterschaftsversicherung verantwortlich ist (Familie, Staat, Wirtschaft).
6. **Spaltung der Schweiz:** Äusserungen, die sich auf die Tatsache beziehen, dass die verschiedenen Landesteile eine unterschiedliche politische Kultur haben.

Im Vergleich mit den Einbürgerungsvorlagen sind die sprachregionalen Unterschiede in der Presseberichterstattung zur Mutterschaftsversicherung weit weniger markant. Die Zeitungen aller drei Sprachregionen gewichteten die Argumente zur Frage, ob das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung eine Gesetzeslücke bedeute sehr stark sowie auch Diskurselemente zur Stellung von Mann und Frau und zur entsprechenden Rollenteilung, wenn auch das letztere Argument bei den Tessiner Zeitungen relativ weniger wichtig ist. Zur Frage der Gesetzeslücke hingegen äusserten sich die Deutschschweizer Zeitungen relativ weniger als die Westschweizer und die Tessiner. Fragen der Verantwortung für den Mutterschutz waren hingegen häufiger beim Tages-Anzeiger ein Thema. Ganz wie bei der Einbürgerungsvorlage wurde auch in diesem Fall die sprachregionsspezifische Spaltung der Schweiz mehr von den Westschweizer und den Tessiner Zeitungen thematisiert.





Vergleicht man die Veränderung in den Thematisierungen im Verlauf der drei Abstimmungsjahre (1987, 1999 und 2004), so ist Gleichberechtigung und Rollenteilung mit Ausnahme der Tessiner Zeitungen vor allem in der letzten Abstimmung das häufigste Thema. Diese wiederum widmeten sich 2004 der Frage der Beteiligung der Unternehmen an der Mutterschaftsversicherung besonders stark. Im Jahr 1999, als die Mutterschaftsversicherung von der Mehrheit der Deutschschweizer Stimmbürger abgelehnt worden war, wurde in den Deutschschweizer Medien im Vergleich mit den andern deutlich weniger mit der „Gesetzeslücke“ argumentiert. Und sucht man die sprachregionalen Unterschiede in der Debatte von 1987, so fällt auf, dass der Tages-Anzeiger die Mutterschaftsversicherung viel häufiger als die andern als Frage der Verteilung der Verantwortung (Familie-Staat-Unternehmen) abgehandelt hatte.

Im Verlauf der drei Abstimmungsperioden ist eine deutliche Entwicklung in Richtung Annäherung der Argumentationsweisen ersichtlich, was die Tatsache spiegelt, dass bei der letzten Abstimmung 2004 die Mutterschaftsversicherung in allen drei Sprachregionen angenommen wurde.

## Die Fernsehdebatten

Die Fernsehdebatten der SRG-Sender in den Jahren 2004 (beide Vorlagen) und 2008 (Einbürgerung) zu den Volksabstimmungen unterzogen wir einer qualitativen Analyse der Diskurse. Es interessierte uns vorerst, wie die drei Fernsehanstalten<sup>7</sup> die Vorlagen präsentierten und wie sie die Fragestellung sodann an die eingeladenen Gäste weitergaben. TSR und TSI unterschieden sich bereits insofern von SF, als sie das Abstimmungsthema vor der Eröffnung der Debatte mit einem kurzen Film präsentierten, während SF, wie es dem Format der Arena entsprach, die Fragestellung jeweils nach einer nur sehr kurzen Einführung sofort in die Diskussionsrunde gab. Die einführenden Dokumentationsfilme von TSR und TSI präsentierten im Fall der Mutterschaftsversicherung das Problem als dasjenige einer bestehenden Lücke im Gesetz, das Mutter und Kind schützen sollte. Der TSR-Film stellte in dieser Optik das Schicksal einer Mutter in schwierigen sozialen Verhältnissen ins Zentrum sowie die Aussage eines Gewerkschafters, der das Fehlen der Mutterschaftsversicherung anprangerte. Damit entschied sich das Fernsehen der Romandie für eine moralisch-soziale Fragestellung. TSI betonte vor allem die langjährige Pendezenz des Projekts einer Mutterschaftsversicherung, stellte die rechtlichen Details der Vorlage vor, verfolgte somit einen moralisch-rechtlichen Zugang. Die ersten Wechsel von Stellungnahmen zielten darauf, dass die Gegner des Projekts ihre Ablehnung verteidigen mussten. Die Arena von SF eröffnet die Debatte hingegen mit einer minimal vermittelnden Moderation und überliess den eingeladenen Befürwortern und Gegnern der Mutterschaftsversicherung selber die Einführung zur Vorlage. Das Deutschschweizer Fernsehen stellte damit quasi die Legitimität des Projekts unmittelbar zur kontroversen Diskussion. Sehr schnell wurde dann auch das Gegensatzpaar Staatseinmischung/Privatheit der Familie aufs Tapet gehoben: Die Frage des Moderators ging an den (die Vorlage befürwortenden) Bundesrat, ob sich denn nun der Staat in die ehelichen Schlafzimmer einmischen solle.

Auch in der Frage der Einbürgerungsdebatten unterschieden sich TSR und TSI von ihrer deutschschweizerischen Schwesterkette. 2004 präsentierten sowohl TSR als auch TSI eine Einführung, die das Problem der erleichterten Einbürgerung aus Sicht der Immigranten angeht: Das Projekt wurde als eine Vereinfachung der Einbürgerungen zur Diskussion vorgeschlagen. SF, wiederum mit nur kurzer aber symbolträchtiger Einführung (Schweizer Pass in der Hand des Moderators), lenkte den Blick primär auf die Zunahme der Einbürgerungen als Folge des neuen Gesetzes. Im Vergleich der Debatten zur Einbürgerungsinitiative der SVP im Juni 2008 fiel vor allem auf, dass TSR die Vorlage am Beispiel eingebürgerter Politiker und anderer Prominenter mit grosser Ironie anging und deutlich Stellung gegen die Initiative bezog, während der Moderator von SF, ohne eine Präferenz durchscheinen zu lassen, den Kontrahenten (Christoph Blocher und Evelyne Widmer-Schlumpf) unmittelbar Raum für eine detaillierte Auseinandersetzung über das Gesetzesprojekt gab. TSR lud gewissermassen seine Zuschauer dazu ein, sich in die Situation eines Einbürgerungswilligen zu begeben und die SVP-Initiative als durchsetzt mit fremdenfeindlicher Mentalität zu interpretieren, während SF seinen Zuschauern vorschlug, den Argumenten der Befürworter und Gegner genau zuzuhören, sich darauf eine eigene

---

<sup>7</sup> SF: *Abstimmungsarena* vom 10.09.2004 und 16.05.2008; TSR: *Infrarouge* vom 15.09.2004 und 07.05.2008, sowie *Spécial votations*, 06.09.2004; TSI: *Lunedì forum* vom 20.05.2004 und *Democrazia diretta* vom 19.05.2008.

Meinung zu bilden zu einer Frage, die für die Schweizer sehr wichtig ist und nicht auf eine Gegenüberstellung von Toleranz und Offenheit versus Xenophobie und Ausschluss reduziert werden könne. TSI präsentierte die Initiative der SVP als eine Erschwerung der geltenden Regelung und machte mit dem Verweis auf das Beispiel der Gemeinde Emmen (mit Betonung auf die Tatsache, dass es sich um eine Deutschschweizer Gemeinde handelt) deutlich, dass in der deutschen Schweiz die Gefahr bestünde, dass rassistische Motive für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen zur Geltung kommen.

## **Die Meinung der Journalisten**

Journalistinnen und Journalisten sind in ihrer Rolle als Vermittler einerseits eingebunden in ihre Redaktionen, die bestimmte Leitlinien befolgen. Gleichzeitig sind sie Akteure in einem kulturell geprägten gesellschaftlichen Umfeld. Die Konfrontation mit ihrem eigenen Tun war für unsere Fragestellung aufschlussreich. Die befragten Journalisten waren durchaus beeindruckt von der Offensichtlichkeit der Befunde und reagierten mit Aussagen, die sich auf die unterschiedliche politische Kultur der Sprachregionen bezogen, ein Erklärungsansatz, der von niemandem in Frage gestellt wurde. In erster Linie wurden die Unterschiede zwischen Romandie und deutscher Schweiz angesprochen, über die entsprechenden Verhältnisse in der italienischen Schweiz war sich ausser den Tessiner Journalisten selbst niemand im Klaren. Die vorgebrachten Erklärungsansätze bezogen sich einhellig auf ein unterschiedliches Verhältnis zum Ausland und zu Einwanderern sowie auf ein unterschiedliches Verhältnis zum Staat. Die grössere Offenheit der Romandie wurde historisch und sprachkulturell erklärt: Anders als die deutsche Schweiz und das Tessin erfuhr die Romandie nicht die Bedrohung durch den nazistischen resp. faschistischen Nachbarn in den Dreissiger- und Vierzigerjahren, was (zusammen mit der Erfahrung von Genf als Drehscheibe des Internationalismus) zu einer offeneren Mentalität führte. Die Tatsache, dass die europäische Union in einem frankophonen Land angesiedelt ist, habe zudem dazu beigetragen, dass „Europa“ in der Romandie im Gegensatz zur deutschen Schweiz in erster Linie als kulturelles und nicht als wirtschaftliches Projekt wahrgenommen werde. In der deutschen Schweiz herrsche – wiederum historisch bedingt – eine Abwehrhaltung gegenüber zentralistischen Regelungen, die nicht „direktdemokratisch“ kontrolliert werden können. Was das Verhältnis zum Staat anbelangt, so sehen die Journalisten in der Romandie eine Mentalität verwurzelt, der den Staat als Fürsorgestaat konzipiert, der mit Selbstverständlichkeit für die Ansprüche seiner Bürgerinnen und Bürger aufkommt und ihre Rechte garantiert, während man in der deutschen Schweiz die Rolle des Staates auf das notwendige Minimum reduzieren möchte und dem Ideal anhängt, gesellschaftliche Probleme gemeinschaftlich zu lösen.

Die Rede von der „lateinischen Schweiz“ wird kritisiert. Das Tessin stehe politisch-kulturell näher bei der deutschen Schweiz, seine Allianzen mit der Romandie in Sachen Sozialpolitik hätten mit einer konsequenten Anspruchspolitik aus der Position des wirtschaftlich Schwachen zu tun. In der Tatsache, dass sich im Tessin zu Fragen der Sozialpolitik meist eine Allianz von links bis zur Lega bildet, und dass auch die Freisinnigen eine weitgehende Sozialpolitik unterstützen, wird als Ausdruck dieser Situation gesehen. In Öffnungsfragen sei

die Mentalität ähnlich wie in der deutschen Schweiz, seit den 90er-Jahren zusätzlich verschärft durch die wirtschaftlich schwierige Stellung zwischen deutscher Schweiz auf der einen und der starken Lombardei auf der anderen Seite.

Welche Rolle kommt nach Meinung der Journalisten den Medien im Falle unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens zu? Diesbezüglich waren die Einschätzungen der befragten Medienschaffenden unterschiedlich. Es können drei Tendenzen ausgemacht werden: Zwei Journalisten fanden, die Medien beeinflussen die Wahrnehmung eines Problems und seien deshalb mitverantwortlich für die Meinungsbildung. Dieser Einfluss erfolge aber nicht linear (befürwortende Berichterstattung bewirkt Zustimmung an der Urne), sondern oft auch paradox. So meinte der Journalist des Tages-Anzeigers, die Tatsache, dass 1992 die Debatte zum Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum in den deutschschweizerischen Medien wie ein „Religionskrieg“ geführt worden sei, also zu wenig nüchtern im Sinne einer rationalen Abwägung von Vor- und Nachteilen, habe entschieden zur Ablehnung des Beitritts beigetragen. Eine zweite Tendenz sieht in der Vermittlertätigkeit der Journalisten lediglich eine Verstärkerrolle: Die Journalisten seien selber Teil der jeweiligen sozialen, politischen und kulturellen Realität und als solche von den entsprechenden Sensibilitäten der Bevölkerung umgeben. Mit ihrer Tätigkeit akzentuierten sie latent vorhandene Einstellungen. Man ist sich also der Vermittlerfunktion durchaus bewusst, sieht sie als einen manchmal bewusst, manchmal unbewusst ablaufenden Prozess der Thematisierung von Stimmungen, die in der Bevölkerung latent vorhanden sind und erachtet dies auch als die journalistische Aufgabe. Eine dritte Tendenz hingegen sieht die Medien als Spiegel der sozialen Realität und stellt insofern die Vermittlertätigkeit der Journalisten eher in Abrede. Alle Tessiner Journalisten und ein Deutschschweizer hatten eine selbstkritische Haltung gegenüber ihrer Tätigkeit und stellten sich die Frage, wie die simplifizierende Polarisierung von Fragestellungen zu vermeiden sei, die sich durch die entsprechende Polarisierung des politischen Umfelds seit den 90er-Jahren und im Zuge der Boulevardisierung der Medien ergeben hat. Alle Journalisten nehmen für sich in Anspruch, die Medien anderer Sprachregionen regelmässig zu konsumieren. Das gilt allerdings für die Romandie und die deutsche Schweiz nur je gegenseitig, während die Tessiner sich als einzige durch die Medien sowohl der deutschen und als auch der Westschweiz informieren.

## **Schlussbetrachtung und Empfehlungen**

Die Unterschiedlichkeit der Mediendiskurse am Beispiel der zwei Abstimmungsvorlagen "Einbürgerung von Ausländern" und "Mutterschaftsversicherung" in den ausgewählten Medien der deutschen, französischen und italienischen Schweiz legen nahe, dass man die Vermittlertätigkeit der Medien als Teil der politischen Kultur ihrer Sprachregion begreifen muss. Dabei sind sowohl bewusste als auch unbewusste Prozesse am Werk. Die Information über die Medienkommunikation der je anderen Sprachregion in eidgenössischen Belangen könnte zu einer Reflexion darüber anregen, inwiefern historisch gewachsene Unterschiede im Bereich der politischen Mentalitäten noch immer die verschiedenen Sprachregionen unterscheiden. Eine diesbezügliche Auseinandersetzung kann dazu beitragen, Spannungen abzubauen und die Kohäsion zwischen den verschiedenen Landesteilen zu fördern.

## **Im Schlussbericht zitierte oder erwähnte Literatur**

- Altermatt Urs, 2003, Sprachregionalismus in der Schweiz im Vormarsch, in: Neue Helvetische Gesellschaft, Die multikulturelle Schweiz, Chur, Rüegger, 39-49.
- Corboud-Fumagalli Adrienne, 1996, Une Suisse ou trois régions ? Les journaux télévisés. Sciences des médias suisses, 1996/1. p.11-17.
- Ernst Andreas, 1998, Vielsprachigkeit, Öffentlichkeit und politische Integration: schweizerische Erfahrungen und europäische Perspektiven, Swiss Political Science Review, Vol.4, N.4, p.225-240.
- Geden Oliver (2006) Diskursstrategien im Rechtspopulismus, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hungerbühler Ruth, 2002, Sprachregionale Segmentierung und Integration: Politische Berichterstattung am Schweizer Radio, in: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Mediensymposium Luzern Bd.7, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hungerbühler Ruth, 2005, Sprachregionale Differenzen in der politischen Kommunikation der Schweiz, in: Donges Patrick: Politische Kommunikation in der Schweiz. Bern, Haupt Verlag.
- Knüsel René, 1994, Les minorités ethnolinguistiques autochtones à territoire : l'exemple du cas helvétique. Lausanne, Payot.
- Kriesi Hanspeter/Wernli Boris/Sciarini, Pascal/ Gianni Matteo, 1996, Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés an Suisse. Berne, Office fédéral de la statistique.
- Linder, Wolf/Zürcher, Regula/Bolliger, Christian, 2008, Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874. Baden, Hier+Jetzt.
- Meier Werner/Bonfadelli Heinz/Schanne Michael, 1993, Medienlandschaft Schweiz im Umbruch. Vom öffentlichen Kulturgut Rundfunk zur elektronischen Kioskware. Basel, Helbing und Lichtenhahn.
- Meier-Dallach, Hans-Peter/Gloor Daniela/Hohermuth Susanne/Nef Rolf, 1991, Die helvetische Kulturlandschaft im Test. Bern, Bundesamt für Statistik.

Meier-Dallach, Hans-Peter/Ritschard R./Nef Rolf, 1990, Nationale Identität – ein Fass ohne empirischen Boden. Zürich, Edition Cultur prospectiv.

Nef Rolf, 1980, Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950-1977, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie/Revue Suisse de Sociologie, 1980, 6, p.155-190.

Romano Gaetano, 2008, Das Fremde in der Schweiz im Spannungsfeld sprachlicher Identität und sozialer Bewegungen 1987-1998. Luzern, Wissenschaftlicher Schlussbericht Nationalfondsprojekt NFP 39.

Saxer Ulrich, 1989, Kommunikationsprobleme in der mehrsprachigen Schweiz. In: Seminar „Regionalsprache und Massenkommunikation“, Schlussbericht, Bern, Nationale schweizerische UNESCO-Kommission, S.81-115.

Skenderovic Damir/D'Amato Gianni, 2008, Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren. Zürich, Chronos.

Widmer, Jean 1993a De l'Espace à la clôture: le vote sur l'EEE renvoie la Suisse à ses espaces internes, in Espaces politiques et espaces des médias en Suisse. Réflexions après le vote sur l'Espace Economique Européen du 6 décembre 1992, Fribourg, Media Papers no 6

Widmer Jean 1993b, Espace public, médias et identités de langue. Repères pour une analyse de l'imaginaire collectif en Suisse, in Werlen Iwar (Hrsg.), Schweizer Soziolinguistik-Soziolinguistik der Schweiz, Bulletin CILA, Neuchâtel, no 58, S. 17-41

Widmer Jean, 1994, Langues et cultures des médias, Science des mass média Suisse, 1994/2, S. 2-4

Widmer Jean 1996/1997, Randbemerkungen zur sprachlich segmentierten Öffentlichkeit der Schweiz, Sciences des médias suisses 2/1996 & 1/1997, S. 2-6

Widmer Jean/Boller Boris/Coray Renata, 1997, Drogen im Spannungsfeld der Öffentlichkeit: Logik der Medien und Institutionen. Basel, Helbing und Lichtenhahn.

Widmer Jean 2004, Langues nationales et identités collectives. L'exemple de la Suisse Paris, L'Harmattan.

Wuerth Andreas ,1999, Stereotypisierung von Sprachregionen im Schweizer Fernsehen, Bern, Haupt.